

 **Bundeskanzleramt**

[bundeskanzleramt.gv.at](http://bundeskanzleramt.gv.at)

Bundesministerin für  
Frauen, Familie, Integration und Medien

**MMag. Dr. Susanne Raab**  
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration  
und Medien

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.455.081

Wien, am 23. August 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Brandstötter, Kolleginnen und Kollegen haben am 23. Juni 2022 unter der Nr. **11414/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Einfluss der Regierung auf Medien“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 6:**

1. *Welche Maßnahmen sind geplant, um das Vertrauen der Bevölkerung in die Medien zu stärken?*
2. *Was wurde in den letzten 18 Monaten zur Stärkung des Vertrauens der Bevölkerung in die Medien gemacht, publiziert und/oder umgesetzt?*
3. *Gibt es eine Arbeitsgruppe, die sich damit beschäftigt, wie das Vertrauen der Bevölkerung in die Medien gestärkt werden kann?*
  - a. *Wenn ja, wen umfasst sie und wann hat diese getagt?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*
4. *Welche Maßnahmen sind geplant, um den Einfluss der Politik und der Regierung auf die Medien zurückzudrängen?*

5. *Was wurde in den letzten 18 Monaten zur Senkung des Einflusses der Politik und der Regierung auf die Medien gemacht, publiziert oder umgesetzt?*
6. *Gibt es eine Arbeitsgruppe, die sich damit beschäftigt, wie der Einfluss der Politik und der Regierung auf die Medien zurückgedrängt werden kann?*
  - a. *Wenn ja, wen umfasst sie und wann hat sie getagt?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Die Bundesregierung hat sich im Regierungsprogramm „Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020-2024“ zu einer Medienpolitik verpflichtet, die Grundwerte wie Pluralismus, Unabhängigkeit, Medien- und Pressefreiheit sowie Innovation sicherstellt und fördert. Daher sind mir als zuständige Bundesministerin für Medien, eine unabhängige Medienlandschaft, die Stärkung des dualen Rundfunksystems, der Erhalt und der Ausbau der Vielfalt am heimischen Medienstandort und die Unterstützung sowie der Schutz von Journalistinnen und Journalisten im Kampf gegen Falsch- und Desinformation, ausgesprochen wichtige Anliegen.

Je stärker der heimische Medienstandort ist, desto weniger sind seine Marktteilnehmerinnen und -teilnehmer externen Einflussmöglichkeiten ausgesetzt und umso besser können sie im Kampf gegen global agierende Internetplattformen und Onlinegiganten bestehen, was wiederum das Vertrauen der Bevölkerung in heimische Medienprodukte und -verlage stärkt.

Die bestehende Presseförderung leistet in diesem Bereich einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Vielfalt und Qualität am heimischen Medienmarkt. Mit dem neu geschaffenen Fonds zur Förderung der digitalen Transformation, der die Eigenständigkeit des heimischen Medienstandorts insbesondere im Digitalbereich stärkt, haben wir die Presse- und Medienförderung auf diesem Gebiet zusätzlich erhöht und den Anforderungen der Zukunft angepasst. Für eine umfassende Übersicht der weiteren umgesetzten Projekte und Reformen im Medienbereich darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 9303/J vom 14. März 2022 verweisen.

Darüber hinaus darf ich auf die zu Beginn des heurigen Jahres gestarteten Medienkonferenzen verweisen. Mit der intensiven Diskussion über die Zukunft der Medienförderung und -transparenz gemeinsam mit der heimischen Medienbranche aber auch wichtigen Stakeholderinnen und Stakeholdern aus der Wissenschaft und Forschung, Expertinnen und Experten aus der Werbepraxis und Mediaplanung, Vertreterinnen und Vertretern der Sozialpartner, der Länder und Gemeinden, wurde der diesbezügliche

Reformprozess, um den Medienstandort sowie die Medienförderung und -transparenz zu reformieren und fit für die Zukunft zu machen, erfolgreich angestoßen.

**Zu den Fragen 7 bis 9:**

7. *Welche Maßnahmen sind zum Schutz vor Desinformation, wie im Regierungsprogramm angekündigt, geplant?*
8. *Was wurde in den letzten 18 Monaten zum Thema Schutz vor Desinformation gemacht, publiziert oder umgesetzt?*
9. *Gibt es eine Arbeitsgruppe, die sich mit dem Schutz vor Desinformation beschäftigt?*
  - a. *Wenn ja, wen umfasst sie und wann hat sie getagt?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Das aktuelle Regierungsprogramm sieht vor, bestehende Mechanismen der EU wie das Frühwarnsystem zur Früherkennung von Desinformationskampagnen (Rapid Alert System for Disinformation - RAS) zu stärken und intensiver zu nutzen. Österreich stellt durch das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten jeweils einen „Point of Contact“ für dieses Netzwerk. Diese nehmen an den regelmäßigen Sitzungen und dem Austausch innerhalb des Netzwerks teil. Erkenntnisse und Ergebnisse des RAS werden regelmäßig in der interministeriellen Arbeitsgruppe „Hybride Bedrohungen“ geteilt. Ursprünglich diente das RAS hauptsächlich dazu, durch „Alerts“ in Fällen umfangreicher Desinformationskampagnen die EU-Mitgliedstaaten und EU-Institutionen darüber in Kenntnis zu setzen. Mittlerweile bietet das Netzwerk eine Plattform für Expertinnen und Experten, um Informationen und Erkenntnisse auszutauschen, das gemeinsame Situationsbewusstsein zu erhöhen und ein gemeinsames Vorgehen sowie eine gemeinsame Reaktion auf Desinformationskampagnen zu entwickeln.

Im Ministerrat am 25. Mai 2022 wurde der Aktionsplan der Bundesregierung im Kampf gegen Deepfakes angenommen. Der Aktionsplan enthält ein interministeriell ausgearbeitetes Maßnahmenpaket, um Deepfakes bestmöglich entgegenwirken zu können. Durch diesen gesamtstaatlichen Ansatz der zuständigen Bundesministerien soll die Sicherheit und Resilienz gegen Gefährdungen durch Deepfakes erhöht werden.

Am 14. Juni 2022 wurde in Kooperation mit dem Hybrid Centre of Excellence in Helsinki eine nationale „whole-of-government“-Table Top Übung in Wien durchgeführt. Ausländische Einflussnahme und Desinformation waren Teil der Übung, an der sich insgesamt 10 Bundesministerien beteiligt haben.

Zur notwendigen ressortübergreifenden Bearbeitung des Themas Hybride Bedrohungen einschließlich Desinformation wurde 2019 eine durch das Bundeskanzleramt koordinierte interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet. Primäre Ziele der Arbeitsgruppe sind die Förderung eines gesamtstaatlichen Ansatzes im Hinblick auf hybride Bedrohungen, die Vernetzung relevanter Akteure sowie insgesamt die Erhöhung der Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen.

MMag. Dr. Susanne Raab

